

Stuttgarter Rede zu Europa
Jean-Claude Juncker
1. Februar 2021

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, lieber Winfried,
sehr geehrter Herr Minister Wolf, lieber Guido.

Ich wäre heute Abend sehr gerne in Stuttgart gewesen. Zusammen mit den vielen Menschen, die nun zugeschaltet sind. Ich mag Menschen und als Redner hat man nur den halben Wert, wenn man über Videokonferenz mit Menschen reden muss, die man nicht sieht.

Ich wäre gerne in Baden-Württemberg, weil ich das Ländle sehr mag. Eigentlich wäre ich zwischen Weihnachten und Neujahr in Hinterzarten gewesen, aber das Hotel war zu. Aber an meine baden-württembergischen Freunde, davon habe ich viele, habe ich sehr oft gedacht.

Wir sind in Mitten einer Pandemie. Herr Ministerpräsident kommt soeben von einem Impfgipfel zurück in die Staatskanzlei.

Und trotz dieser Pandemie, dieser Missstimmung, die wir haben, dürfen wir nicht vergessen, dass es neben der Pandemie noch viele andere Probleme gibt.

Die Europäische Union hat in den Anfangstagen der Pandemie nicht adäquat reagiert, weil viele Mitgliedstaaten nationale Wege eingeschlagen haben, um festzustellen, dass diese rein nationalen Wege, in denen jeder sein eigenes Corona-Süppchen kocht, in die Sackgasse führen. Grenzschießungen und die Folgen davon sind bis heute in den betroffenen Regionen im Fühlen und Denken der Menschen noch sehr präsent. Die Grenzen zwischen Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen und Luxemburg zu schließen - einfach so - bleibt in schlechter Erinnerung und hat den Europagedanken in diesen Regionen einen Schlag versetzt. Sich davon zu erholen dauert noch eine gewisse Zeit.

Aber dann hat die Europäische Kommission die Dinge in die Hand genommen, hat diesen Grenzwirrwarr, in Ordnung gebracht und hat dann auch gemeinsam mit den Mitgliedstaaten den Wiederaufbaufonds auf den Weg gebracht. Dieser erlaubt es der Europäischen Kommission gemeinsame Schulden aufzunehmen. Dies wurde vor Jahren schon einmal vorgeschlagen, scheiterte aber an Widerstand der Mitgliedstaaten. Aber wenn es ernst wird, besinnt man sich eines Besseren.

Ich kann das nur begrüßen; so wie ich auch die gemeinsame Impfstoff-Beschaffung durch die Europäische Union nur gutheißen kann. Stellen Sie sich mal vor, jeder der 27 Mitgliedstaaten hätte mit seinen Instrumenten, mit seinen Kräften mit diesen Pharmakonzernen verhandeln müssen, dann wäre die Gesamtlage wesentlich

schlimmer. Auch weil die ärmeren und kleineren Mitgliedstaaten nicht so hätten versorgt werden können, wie sie versorgt wurden und wie sie demnächst versorgt werden müssen.

Aber neben der Pandemie gibt es auch das große Thema Klimaschutz. Wenn die Pandemie und deren Folgen bewältigt sind, bleibt der Klimaschutz genauso dringend wie er es vor der Pandemie war. Europa ist nur mit 8 % an den weltweiten Emissionen negativ beteiligt, aber dennoch beanspruchen wir für uns - mit einer gewissen Arroganz - eine Führungsrolle im Kampf für den Klimaschutz. Wenn wir dem gerecht werden wollen, müssen wir die Emissionsminderungsziele und die Klimaneutralitätsziele, die wir definiert haben, in der Europäischen Union auch absolut erreichen.

Gute Nachrichten erreichen uns aus Washington, weil die Präsidentschaft von Donald Trump der Vergangenheit angehört und die Präsidentschaft von Joe Biden angebrochen ist. Ich habe mit Präsident Trump oft zu tun gehabt. Präsident Biden ist ein alter Freund, ein Außenpolitiker. Das stimmt uns zuversichtlich, dass künftig ein besseres Europaverständnis vorherrschen wird. Das wird jetzt besser, aber wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass jetzt die alte Zeit wieder anbricht. Die wird nicht wieder anbrechen, weil Präsident Biden nicht von heute auf morgen alle Zähler wieder auf die Zeiten der Präsidentschaften von ch und obama zurückdrehen kann. Aber die Aussichten sind jetzt besser, atmosphärisch und auch vom gegenseitigen Verständnis. Präsident Biden ist ein an den Multilateralismus zugewandter Präsident im Weißen Haus. Da müssen die Amerikaner selbstverständlich liefern, aber auch die Europäer müssen liefern. Die Amerikaner werden ihre Politik nicht grundlegend verändern. Man hat die Präsidentschaft von Barack Obama zu Recht und manchmal auch zu Unrecht regelrecht verherrlicht, das war nicht immer so positiv, wenn man es im Nachgang betrachtet. Wir müssen uns auf der Höhe der Zeit bewegen, auf Augenhöhe mit unseren amerikanischen Freunden.

Hinsichtlich des transatlantischen Bündnisses wird dies Anstrengungen kosten. Das transatlantische Miteinander werden wir in vielen Fragen des geopolitischen Zuschnittes brauchen. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland, wie auch im Übrigen die Beziehungen zwischen den USA und Russland, sind sehr schlecht. Das ist kein Normalzustand. Dieser Zustand ist im großen Maße russischem Fehlverhalten geschuldet, aber es gibt keine dauerhafte europäische Sicherheitsarchitektur, wenn wir nicht mit unserem russischen Nachbarn ein Einvernehmen über die zentralen Fragen über die europäischen Kontinente finden. Daher müssen wir intensiv in den Feldern zusammenarbeiten, in denen es viele Gemeinsamkeiten gibt. Denn Felder, in denen wir weit auseinanderliegen, davon gibt

es viele, zu viele, wie ich finde. Aber in Politikfeldern wie Kulturpolitik oder Forschungspolitik, da können wir gemeinsam vieles bewegen. Wir müssen uns auch als Europäische Union anders aufstellen, wenn es um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem eurasischen Raum geht. Dort gibt es vieles, was wir gemeinsam gestalten können.

Neben Russland gibt es auch China, dem Europa in den vergangenen Jahrzehnten mit einer sehr exquisiten Naivität begegnet ist. Bei meinem letzten Treffen mit dem chinesischen Staatspräsidenten habe ich gesagt, dass die Chinesen unsere strategischen Partner wären, aber eben auch unserer Mitbewerber und Rivalen. Deshalb bin ich sehr dagegen, dass wir in Europa die Chinesen mit offenen Armen empfangen, weil es um Machtzugänge geht und wir als europäische Wirtschaftskraft und als europäische, wirtschaftliche Akteure nur schwer Zugang finden zum inneren chinesischen Markt. Vielleicht wird das etwas verfrühte Investitionsabkommen mit China einiges zum Besseren wenden.

Die Türkei bleibt ein noch nicht bewältigtes Problem. Da hat sich auch vieles geändert. Die Amerikaner werfen auf die Türkei einen anderen Blick, als das es in den letzten 20 bis 30 Jahren der Fall war. Ich kann mich noch daran erinnern, bei meinem ersten Besuch im Weißen Haus bei Präsident Clinton. Bei diesem Besuch hat Präsident Clinton gefragt, was es denn so in Europa zu berichten gibt. Ich habe über die Währungsunion und den Binnenmarkt gesprochen, aber er hat gefragt: „Warum wird die Türkei nicht Mitglied in der Europäischen Union?“ Das würden die Amerikaner heute nicht mehr so stringent formulieren. Die Türkei hat sich in den letzten Jahren meilenweit von der Europäischen Union entfernt. Sie ist in ihrem gegenwärtigen Zustand absolut nicht reif für einen Beitritt in die Europäische Union. Auch die jüngsten und zaghaften Versuche von Präsident Erdogan, sich europafreundlicher zu äußern, sollten uns nicht davon abhalten, die Türkei im Auge zu behalten und dafür zu sorgen, dass sich die Türkei, bevor sie der Europäischen Union beitrete, an europäische Normen, Grundwerten und Prinzipien ausrichtet.

Das gilt auch in anderen Maßen und anderem Kontext für die Balkanstaaten. Ich habe 2018 meine letzte ausgedehnte Balkanreise gemacht und das war eine sehr ernüchternde Reise. Als ich anfang 2014 als Kommissionspräsident habe ich gesagt, in den nächsten 5 Jahren käme ein Beitritt einer der Balkanstaaten nicht in Frage. Das hat in Europa, in der Europäischen Union und auf dem Balkan für Verstimmung gesorgt. Heute würde es niemand mehr wagen zu sagen, dass nächstes oder übernächstes Jahr zwei oder drei Balkanstaaten beitreten müssen. Aber trotzdem müssen wir uns um die Balkanstaaten und die nach wie vor auf uns wartenden Befriedungsaufgabe auf dem Balkan kümmern, weil dort wo wir in Europa nicht sind, andere unseren Platz einnehmen. Die Türkei ist omnipräsent, China ist omnipräsent

auf dem Balkan und deshalb dürfen wir nicht träumen, sondern wir müssen mit den Balkanstaaten im Wettbewerb der Ideen uns darum bemühen, dass diese Staaten beitragsreifer werden, weil beitragsreif sind sie zurzeit nicht.

Um die Themen Russland, China, Balkan und andere, wie beispielsweise Syrien oder Libyen, zu bewerkstelligen, müssen wir unsere Entscheidungsfindungsprozesse in der Europäischen Union überprüfen. Wenn wir in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prinzip der Einstimmigkeit verharren, dann kommen wir in Fragen der internationalen Politikgestaltung nicht vom Fleck, weil die Europäische Union aufgrund ihrer internen Widerstände und Gegensätze zu keiner einheitlichen Beschlussfassung fähig ist. Das schadet dem Ansehen der Europäischen Union nach außen. Deshalb brauchen wir dringend mehr Mehrheitsentscheidungen. So wie wir in Fragen der Handelspolitik souverän aus der Europäischen Union auftreten, weil die Europäische Kommission Handelsverträge abschließt. So brauchen wir in anderen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein deutliches Mehr an Europa.

Handelspolitik ist ein Thema, das die Menschen in unseren Staaten in Westeuropa nicht mögen, weil sie globalisierungsmüde geworden sind, weil sie dauernd den Eindruck haben, dass unsere Ansichten und unsere Forderungen permanent untergebuttert werden. Dabei ist Handelspolitik ein wichtiges Stück europäischer Außenpolitik. Nicht nur weil viele Millionen Arbeitsplätze in Europa von den Handelsverträgen abhängen, sondern auch, weil es hier für uns ein Vakuum zu füllen galt, nachdem sich die USA unter Präsident Trump vom Multilateralismus verabschiedet haben. Mir ist nach dem Einzug von Präsident Trump in das Weiße Haus aufgefallen, dass viele Staaten an der europäischen Tür anklopfen um Handelsverträge abzuschließen zu können. Während meiner Amtszeit wurden fünf Jahresverträge abgeschlossen, die jahrelang nicht von der Stelle zu bewegen waren. Das trägt mit dazu bei, dass Europa in der Welt zunehmend Gehör findet. Wobei es wichtig ist, dass bei dem Abschluss von derartigen Handelsverträgen europäische Werte und Tugenden genügend Berücksichtigung finden.

Wenn wir in Europa weiterkommen möchten, dürfen wir auch das Thema „Soziales Europa“ nicht aussparen. Wir brauchen ein Grundkonsens über die soziale Ausrichtung der Europäischen Union. Wenn es so bliebe, wie es war und teilweise noch ist, dass sich weite Teile der europäischen Arbeitnehmerschaft nicht mehr von Europa angesprochen fühlen, dann wird es Europa schwer haben in den nächsten Jahren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.